100. Welches sind die Voraussetzungen des „Unternehmens“, einen anderen zum Meineide zu verleiten, sowohl in objektiver Beziehung als hinsichtlich des Dolus?

St.G.B. §. 159.

Vgl. Bd. 3 Nr. 10.

III. Straffenat. Urt. v. 4. Juni 1883 g. S. Rep. 973/83.

I. Landgericht Altenburg.

Aus den Gründen:

Es können die Folgerungen nicht als richtig anerkannt werden, welche das angefochtene Urteil hinsichtlich der Thatbestandserfordernisse des in §. 159 St.G.B.'s bezeichneten Verbrechens aus der in dieser Gesetzesbestimmung gebrauchten Wortfassung: „Wer es unternimmt“ gezogen hat. Die Vorschrift in §. 159 a. a. D. ist aus dem preussischen Strafgesetzbuche hervorgegangen, welches in §. 130 denjenigen mit Strafe bedrohte, welcher einen anderen wissentlich zur Ableistung eines falschen Eides *u.* zu verleiten „versucht“. Als besonderes Delikt war hiermit der nach allgemeinen Grundsätzen strafflose Fall erfolglos versuchter Anstiftung zum Meineide unter Strafe gestellt. Nachdem der erste Entwurf des Norddeutschen Strafgesetzbuches vom Juli 1869 diese

Bestimmung in §. 140 mit der Abänderung, daß an Stelle des Wortes „versucht“ das Wort „sucht“ getreten war, aufgenommen hatte, ist derselben in §. 157 des zweiten Entwurfes vom 31. Dezember 1869 diejenige Fassung gegeben worden, in welcher sie in §. 159 R.St.G.B.'s Gesetz geworden ist. Daß hiermit eine begriffliche Änderung des Thatbestandes des Verbrechen in objektiver oder subjektiver Beziehung beabsichtigt worden sei, ist zunächst aus der Wahl der Worte „wer es unternimmt“ an Stelle der Worte „wer versucht“ oder „wer sucht“ nicht abzuleiten. Von dem Reichsgerichte ist in dem Entsch. in Straff. Bd. 3 S. 26 flg. abgedruckten Urteile vom 9. November 1880 bereits anerkannt worden, daß die in §. 82 St.G.B.'s enthaltene Definition des Begriffes des Unternehmens, durch welches das Verbrechen des Hochverrates zur Vollendung kommt, eine allgemeine Bedeutung für die sonstigen Fälle, in denen das Strafgesetz des Begriffes des „Unternehmens“ zur Bezeichnung eines strafbaren Thatbestandes sich bedient, nicht zu beanspruchen hat, daß vielmehr die in jener Vorschrift enthaltene Begrenzung des „Unternehmens“ auf Handlungen, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll, eine dem gedachten Begriffe an sich nicht innewohnende und darum nur für den speziellen Fall des §. 82 a. a. O. geltende Einschränkung enthält. Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche, wie nach der Absicht des Gesetzes hat aber die Bezeichnung „Unternehmen“ keinesfalls eine engere Bedeutung als der Begriff des „Versuchs“. In dem Sinne, in welchem dieses Wort in der Zollstrafgesetzgebung, in §§. 105. 114 St.G.B.'s gebraucht ist, begreift es alle Handlungen in sich, welche auf Erreichung des bestimmten, vom Gesetze bezeichneten Erfolges gerichtet sind, gleichviel ob dieselben zu dem Eintritte des Erfolges geführt haben oder nicht, ob also, wäre dieser Erfolg zur Vollendung der Strafthat erforderlich, die letztere vollendet vorliegen würde. In diesem Sinne ist es allerdings in §. 159 St.G.B.'s nicht gemeint. Denn, wenn die unternommene Verleitung zum Meineide von Erfolg gewesen ist, so tritt nicht die auf die erfolglose Anstiftung zum Meineide gesetzte Strafe des §. 159 a. a. O., sondern die Strafe der Anstiftung zu dem versuchten oder vollendeten Meineide ein. Dagegen umfaßt es nach dem Wortsinne jede Handlung, welche zur Erreichung eines bestimmten Vorhabens — hier der Verleitung eines anderen zur Leistung eines Meineides — vorgenommen wird; liegt eine Handlung vor, welche als ein

Versuch der Anstiftung, d. h. als die Bethätigung des Anstifterwillens durch Handlungen sich charakterisiert, welche den Anfang der Ausführung der zur Anstiftung erforderlichen Willensbeeinflussung des anderen enthalten, so fällt diese jedenfalls auch unter den Begriff des Unternehmens. Auch die Motive zu §. 159 a. a. O. geben unzweifelhaft an die Hand, daß mit der veränderten Ausdrucksweise eine sachliche Änderung des §. 130 preuß. St.G.B.'s in der hier fraglichen Richtung nicht beabsichtigt worden ist, das Reichsstrafgesetzbuch vielmehr „die besondere Bestimmung des preuß. Strafgesetzbuches über die versuchte Verleitung zum Meineide“ hat beibehalten wollen. Es erscheint daher namentlich in objektiver Beziehung die Annahme ausgeschlossen, daß ein weiteres Fortgeschrittensein der Versuchshandlungen zur Vollendung hin für den Begriff des Unternehmens habe erfordert werden sollen. Ebenso fehlt es aber auch an einem Anhalte dafür, daß subjektiv ein besonderer, vom gewöhnlichen Vorsatze abweichender verbrecherischer Wille vom §. 159 St.G.B.'s vorausgesetzt werde. Nach v. Schwarze, Kommentar zum Reichsstrafgesetzbuche, Ausg. 4 S. 101, soll zwar bei Beratung des Gesetzes in der Reichstagskommission anerkannt worden sein, daß in §. 159 der Versuch der Verleitung habe bestraft, zugleich aber mit dem Worte „Unternehmen“ ausgedrückt werden sollen, daß nicht jede oft unüberlegte oder in rascher Aufwallung erfolgte Aufforderung zur Leistung des Meineides genüge, sondern „eine mit Berechnung und Überlegung an den anderen gerichtete, vorbereitete Aufforderung“ erforderlich sei. Im Gesetze selbst ist dies aber nicht zum Ausdruck gelangt. Es ist weder aus den Motiven zu ersehen, daß dem Worte „Unternehmen“ diese Bedeutung von Seiten der Bundesregierungen beigelegt, noch liegt dafür etwas vor, daß seitens des Reichstages die angegebliche Ansicht der Kommission geteilt worden sei. Aus der Wahl des gedachten Wortes ist aber das Erfordernis eines besonderen dolus an sich nicht zu folgern. Gehört zur vollendeten Straftat der Eintritt eines bestimmten Erfolges, so muß allerdings dessen Eintritt von dem Willen des Thäters mit umfaßt sein, damit auch nur von einem strafbaren Versuche die Rede sein könne. Etwas anderes, als der Anstifterwille, der Vorsatz, durch Einwirkung auf den Willen des Dritten diesen zur Begehung des Meineides zu bestimmen, gehört aber auch nicht zu dem — erfolglosen — Unternehmen der Verleitung zum Meineide. Hier eine besondere Vorbereitung, Vorüberlegung und Berechnung zu fordern,

erscheint — ganz abgesehen von der Unbestimmtheit dieser Begriffe — willkürlich und durch die Natur der Sache nicht geboten. Wenn die Vorinstanz eine „unüberlegte, in rascher Aufwallung erfolgte Aufforderung zur Leistung des Meineides“ als nicht genügend bezeichnet, so ist hieran soviel richtig, daß in jedem einzelnen Falle der Thatrichter zu prüfen haben wird, ob eine Äußerung, die ihrer Fassung nach als eine Aufforderung zur Ableistung eines wissentlich falschen Eides erscheinen könnte, auch wirklich mit dem ernstlichen Willen, diesen Erfolg herbeizuführen, gethan, eine Verleitung also wirklich beabsichtigt gewesen sei. Einen besonderen Dolusbegriff aber aus der Fassung des §. 159 a. a. D. zu konstruieren, erscheint rechtsirrtümlich.